

Einführungen

Lehren aus der „Solidarność“-Bewegung

Grundlagen

für ein gemeinsames Handeln in Europa

Premierminister Donald Tusk

Der heutige Tag lädt zu Reflexionen ein, die genau zur Thematik der diesjährigen Krakauer Konferenz passen. Wir feiern nämlich den 20. Jahrestag der Bildung der ersten nichtkommunistischen Regierung Polens seit 1945 unter Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki. Es ist der Jahrestag eines Ereignisses, das einen weiteren, unerhört wichtigen Schritt auf dem Weg zur Wiederherstellung von Freiheit und Unabhängigkeit darstellte und zugleich den institutionellen Triumph der „Solidarność“-Bewegung über den Kommunismus bedeutete. Wenn es wahr ist – und davon gehen wir ja aus -, dass diese große Gewerkschaftsbewegung *de facto* zur Wiedervereinigung Europas beigetragen hat, so denken wir zugleich daran, dass die christlichen Werte in den Köpfen der Anhänger dieser großen nationalen Solidaritätsbewegung und deren Leitideen derart präsent gewesen sind, dass dies keiner Diskussion bedurfte. Jeder, der an die Rolle des Menschen und die Bedeutung gewisser Schlüsselereignisse in historischen Prozessen glaubt, stimmt der aus polnischer Sicht unbestrittenen These von der maßgeblichen Rolle von Glaube und Kirche in diesem streng politischen, aber auch kulturell-zivilisatorischen Prozess der Einigung Europas sofort zu.

Hier in Krakau müssen wir ferner sagen, dass sich der europäische Integrationsprozess nicht nur zwischen einzelnen Staaten und Völkern abspielt, son-

dern zugleich eine Integration meint, die irgendwo in jedem Einzelnen von uns unaufhörlich voranschreitet. Dieses neue Europa hat also nur dann Sinn, wenn es auf Freiheit und Menschenwürde sowie der Achtung der Tradition und der Kardinaltugenden basiert. Und wir, die wir diesen Weg seit 1980 bis heute zurückgelegt haben, haben zugleich einen Weg zurückgelegt, der mitten durch uns selbst verläuft. Nur ein verrückter oder böswilliger Zeitgenosse würde daran zweifeln, dass das Christentum für diesen erfolgreichen Weg höchst bedeutsam gewesen ist. Gerade hier in Krakau sollte darüber hinaus an die ganz praktische Rolle der Kirche erinnert werden, die ihre amtlichen Repräsentanten beim Vollzug der Integration Polens mit der Europäischen Union gespielt haben. Es ist kein bloßer Akt der Höflichkeit gegenüber dem Organisator und Mitinitiator der diesjährigen Konferenz – Weihbischof Tadeusz Pieronek -, wenn ich daran erinnere, wie viel Arbeit er geleistet hat, um die Integration Polens mit der EU formaljuristisch und politisch zu ermöglichen. Ohne den Glauben und das aktive Eintreten hochrangiger kirchlicher Würdenträger für die Integration Polens mit der Europäischen Union könnten wir uns über den letztendlich erreichten Erfolg auch in seiner rein politischen Dimension keineswegs sicher sein. Mir als Politiker haftet noch ganz gut im Gedächtnis, welche Emotionen und Argumente angesichts des Referendums zum EU-Beitritt hochkamen, und wie groß die Ängste und Befürchtungen vieler meiner Landsleute gegenüber der Integration mit der EU gewesen sind. Daher kann ich heute aus voller Überzeugung sagen, dass dieses für die polnische Staatsräson so günstige, große Ereignis ohne die Worte Johannes Pauls II. und die großartigen Lektionen, die uns der Krakauer Philosoph und Priester Prof. Józef Tischner erteilte, aber auch ohne die hervorragende Arbeit der hier Anwesenden nicht möglich gewesen wäre. Aber lassen Sie mich zum Kern der Sache kommen, der irgendwie auch mit einer ganz persönlichen Erfahrung verbunden ist, die viele von Ihnen wohl teilen werden.

In diversen öffentlichen Debatten kommt mir oftmals ein Schlüsselereignis meines persönlichen Lebensweges in Erinnerung – die Begegnung mit Papst Johannes Paul II. im Jahre 1987 in Danzig-Zasp. Ich war damals wie viele andere Vertreter meiner Generation ein recht radikaler „Solidarność“-Aktivist im Untergrund. Wir alle wissen sicherlich noch, wie schwierig dieses Jahr für die-

jenigen gewesen ist, die an die Zukunft der „Solidarność“ fest geglaubt haben. Und in Danzig-Zasp bekamen wir damals Worte zu hören, die heute tatsächlich den Rang einer geistigen Verfassung der Europäischen Union einnehmen. Damals hat diese Worte kaum jemand richtig verstanden. Wenn ich sage kaum jemand, so meine ich die Formation der jungen Leute aus der „Solidarność“, die damals gegen den kommunistischen Staat konspirierten. Denn diese Worte interpretierten das Wesen der „Solidarność“-Idee auf ganz neue Weise. Als wir nämlich dort in Danzig-Zasp mit unseren eingeschmuggelten Standarten und „Solidarność“-Transparenten dastanden und auf heißblütige, kämpferische Worte warteten, hörten wir vom Papst statt dessen etwas ganz Verblüffendes: Solidarität bedeutet, dass „einer des anderen Last trägt“. Solidarität darf niemals dazu führen, dass sich einer gegen den anderen erhebt. Ehrlich gesagt habe ich bei diesen Worten wie viele meiner Kollegen meinen ethischen Kompass verloren, denn wir haben damals in naiver Weise geglaubt, dass sich die Begegnung mit dem Hl. Vater in Danzig-Zasp gegen jemanden richten müsse. Wir wollten damals unbedingt einen gemeinsamen Feind haben und gaben uns sogar der völlig unberechtigten Hoffnung hin, dass der Papst eines Tages an der Spitze dieser Bewegung stehen würde. Es musste allerdings einige Zeit verstreichen, ehe meine Generation begriff, was für eine große Bedeutung diese Worte gehabt hatten, die derart gegen den *main stream* unserer Gefühlslage liefen. Warum widme ich dieser persönlichen Erfahrung derart breiten Raum? Weil ich meine, dass angesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise in Europa, deren Bedeutung nicht überschätzt werden sollte – wir haben doch schon schwerere Krisenzeiten in der EU erlebt, die an die Fundamente unserer Zivilisation gingen! –, das Fortleben dieser 1987 in Danzig erteilten päpstlichen Lehre in unseren Köpfen und Herzen der Schlüssel für eine gedeihliche Zukunft Europas ist. Denn nur die weise Deutung der Lehren aus der „Solidarność“-Bewegung kann eine reale Grundlage für das gemeinsame Handeln auf unserem Kontinent sein, dessen Nationen eine komplizierte Vergangenheit und vielfältige Konfessionen aufweisen, wobei nationale Interessen sich häufig überschneiden und nur selten parallel verlaufen. Ohne echte Solidarität wird die Europäische Union eine politische Fiktion bleiben. Ohne Solidarität wird unsere Zivilisation, die auf christlichen Grundsätzen beruht, strategisch betrachtet permanent bedroht sein. Denn Soli-

darität im Sinne Johannes Pauls II. bedeutet ein aktives Vorgehen, das Europa vor Kriegen schützen, die Menschen vor Armut bewahren, aber sie auch vor Aggressionen und Herrschaftsgelüsten sowie der staatlichen Dominanz gegenüber dem Bürger bzw. dem Vormachtstreben einzelner Völker schützen kann.

Auf der Suche nach den eigentlichen Ursachen der heutigen Krise in Europa, die Polen im Vergleich zu anderen Nationen vielleicht etwas weniger zusetzt – aber auch wir haben die Folgen der Krise zu spüren bekommen –, erkennt man deutlich, dass das völlige Abrücken von elementaren Prinzipien christlichen Verhaltens ein entscheidender Grund für die anhaltende Wirtschaftskrise ist. Diese Ansicht vertreten keineswegs nur gläubige Christen! Diese Ansicht findet vielmehr unter Experten, Wissenschaftlern, Ökonomen und Politikern eine immer zahlreichere Anhängerschaft, da man in diesen Kreisen versteht, dass es ohne das treue Festhalten an christlichen Grundwerten keine gesunde Volkswirtschaft, keine echte Subsidiarität und keine praktizierte Solidarität gibt. Gestatten Sie mir am Ende meiner Überlegungen noch ein Wort in Zusammenhang mit der zivilisatorischen Dimension der Wirtschaftskrise. Ich meine ein Problem, das oftmals in Umbruchszeiten auftaucht, zu denen mit Sicherheit auch die Integration Polens mit der Europäischen Union gehört hat. Es geht darum, dass Menschen und Institutionen ihre eigentlichen Funktionen auf richtige Weise erfüllen. Wir wissen doch nur allzu gut, wieviel Unglück es geben kann, wenn wesentliche Akteure des öffentlichen Lebens ihre ureigene Rolle verwechseln. Wie oft haben wir es mit Politikern zu tun gehabt, die andere bekehren wollten – und mit Priestern, die das Land zu regieren versuchten! Dieser Rollentausch hat immer üble Folgen. Vor dem Hintergrund globaler und insbesondere auch europäischer Entwicklungen besteht gerade in Polen die starke Hoffnung, ein bestimmtes negatives Phänomen nach Möglichkeit zu vermeiden. Ich möchte nämlich kurz auf ein gefährliches Dilemma bzw. eine falsche Alternative hinweisen, die sich derzeit abzeichnet: Einerseits zeigt sich die Tendenz der völligen Abwendung von Glauben und Kirche, was in Europa auch die Form eines Kirchenkampfes annimmt. Aber zugleich sieht man ganz deutlich, dass einige von einer Politik träumen, die derart stark an ein bestimmtes religiöses Bekenntnis gekoppelt ist, dass dies zur Bedrohung für einzelne Völker oder die ganze Welt wird.

Polen hat heute dank der aus der christlichen „Solidarność“-Bewegung gezogenen Lehren die große Chance zu zeigen, dass dieses Dilemma so nicht existieren muss. Denn wenn alle Seiten ihre ureigenen Rollen richtig verstehen und die Politik sich nicht am Prozess der Eliminierung der Kirche und der christlichen Werte aus dem öffentlichen Leben beteiligt – und wenn umgekehrt die Kirchen oder Religionsgemeinschaften nicht den Status politischer Herrscher anstreben, kann das verwirklicht werden, was in unserem nationalen Recht verankert ist und worauf die Hoffnungen auf eine gute Staatsverfassung beruhen: gegenseitige Achtung autonomer Entscheidungsbereiche, Bereitschaft zur Zusammenarbeit sowie die Fähigkeit zur freundschaftlichen Lösung von Problemen, bei der niemand einem anderen mit Gewalt oder brutaler Überzeugungskunst etwas beweisen muss – und zwar deshalb, weil jede Seite bestrebt ist, die ihr zukommende Rolle gut zu verstehen. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Polen in der Lage sind, die Lektionen einer vernunftgeleiteten Solidarität, Liebe und gegenseitigen Achtung für die umsichtige Gestaltung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche gut zu nutzen. Diese Aufgabe lässt sich nie ganz erfüllen, sondern wird stets ein fortlaufender Prozess sein. Aber genügend guten Willen haben wir wohl, um die Idee der gegenseitigen Achtung institutioneller Autonomien, aber auch die Bereitschaft zu Kooperation und Dialog zur Richtschnur unseres gesamten Handelns zu machen. Eben darauf setze ich sehr!